

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 78 (2005)

Heft: 3

Rubrik: Reportagen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Irak, die USA und die Staatengemeinschaft – Kleine Zwischenbilanz –

«Befreite Völker sind nicht dankbar, sondern anspruchsvoll.» Condoleezza Rice wird dieses Wort Bismarcks vielleicht ebenso wenig geläufig sein wie ihrem Ministerkollegen Donald Rumsfeld der immer wieder tröstliche Satz Friedrichs des Grossen: «Es kommt im Kriege fast nie so schlimm als man fürchtet und fast nie so gut als man hofft.» Anders der grosse Henry Kissinger, dessen Vertrautheit mit europäischer Machtpolitik sich auch in seinem Handeln niederschlug.

Es ist aber nie zu spät, sich dieser Einsichten zu erinnern. Der tiefere Sinn des Bismarck-Wortes wird den Amerikanern schmerzlich bewusst. Dass «nichts im Kriege so gut kommt als man hofft», haben sie in diesem Feldzug bereits erlebt. Es kommt aber eben auch, und das sei denjenigen gesagt, die fortwährend ein grandioses Scheitern der USA im Irak vorhersagen, «nichts so schlimm als man fürchtet.»

Die Kräfte sind knapp, und der Blutzoll ist hoch

Die Lage ist seit längerem weitgehend instabil. Eine Art labiles Gleichgewicht scheint sich zwischen den alliierten Truppen und deren verschiedenen Gegnern herausgebildet zu haben. Die Verlustzahlen, besonders der Amerikaner, stagnieren dementsprechend. Sie entrichten einen permanenten Blutzoll. Das unterscheidet diesen Einsatz signifikant von den Interventionen der letzten Jahre, sei es auf dem Balkan oder in Afghanistan. Die Truppenstärke – besser: die Zahl der im Irak eingesetzten amerikanischen Soldaten, was bei der Kopflastigkeit moderner Armeen noch lange nicht mit der gegen den Feind verfügbaren Truppe zu verwechseln ist – hat sich leicht erhöht. Sie liegt im Bereich von etwa 130 000 Mann. Weitere Verstärkungen in Höhe von 30 000 Mann sind angekündigt. Das ist immer noch

wenig für ein Land, das mit über 430 000 Quadratkilometern zehn Mal so gross ist wie die Schweiz. Eine flächendeckende Militärpräsenz und Kontrolle, wie wir sie beispielsweise aus Nachkriegsdeutschland kennen, ist keineswegs auch nur annähernd gesichert.

Die neue irakische Armee, die um 140 000 Mann stark sein soll und die – gerade wegen zweifelhaften Kampfwertes in die Armee überführte – Nationalgarde operieren in der Regel gemeinsam und abgestimmt mit den Amerikanern. Wie in der irregulären Kampfführung üblich, legt der Gegner Ort, Zeit und Art seiner Angriffe nach Belieben fest. Er kann daher – jedenfalls taktisch – den von der Natur der Aufgabenstellung her defensiv ausgerichteten Kräften der Übergangsregierung und der Amerikaner seine Kampfweise so lange aufzwingen, bis er durch die Dimension seiner einzelnen Operationen oder durch die von ihm ausgeübte Kontrolle ganzer Landstriche oder Städte fassbar wird und sich mit konventionellen Mitteln bekämpfen lässt.

Wenigstens zwei vermeidbare Fehler und ein Irrglaube

Einige Kardinalfehler sind unübersehbar. Erstens hat die Auflösung der 400 000 Mann starken alten irakischen Armee Saddam Husseins deutlich mehr Probleme geschaffen als gelöst. Sie vergrösserte das Heer der Arbeitslosen. Man tauschte ein einigermassen erprobtes Instrument der Kampfführung gegen eine mit allen einschlägigen Mängeln behaftete Neuschöpfung, deren Loyalität man gleichwohl nicht sicher sein kann.

Zweitens die Abstützung der neuen Regierung und Verwaltung auf Oppositionelle, die teilweise dem Land unter Saddam lange ferngeblieben waren und die in der Bevölkerung nicht die erwartete Unterstützung geniessen. Besser gewesen wäre eine wenigstens teilweise Inpflichtnahme geläuterter Elemente der Saddam-Regierung und damit auch sunnitischer Vertreter, die zu doppelter

Ergebenheit gegenüber den neuen Herren verpflichtet gewesen wären.

Ein Irrtum ist der Glaube an den legitimierenden Zauber von Wahlen, den die westliche Welt, wo auch immer sie zeitweise Verantwortung übernimmt, stets aufs Neue hegt. Weder auf dem Balkan, noch in Afghanistan bildete sich jeweils nach mit viel Aufwand abgehaltenen Wahlen jenes Bewusstsein einer selbst gewählten Regierung, das in der westlichen Vorstellung automatisch staatsbürgerliches Denken und Handeln der Bevölkerung nach sich zieht.

So wird auch im Irak wieder viel Hoffnung in die anstehenden Wahlen gesetzt, von denen wir nach aller Erfahrung annehmen müssen, dass auch sie nicht zu einer von der Bevölkerung getragenen Regierung führen werden. Vielmehr wird sich die Legitimität der Regierung aus ihrem Erfolg ergeben. Hier sei der Hinweis erlaubt auf das Augustinus-Wort vom Wohlstand, der zur Ausübung der Tugenden unerlässlich ist. Der Erfolg muss sich in Wohlfahrt und Stabilität für die Bevölkerung des Iraks ausdrücken. Diese Entwicklung dauerhaft zu untergraben, wird das Ziel der Gegner der Übergangsregierung sein müssen. Für sie gilt es, die Bevölkerung permanent unzufrieden mit den Verhältnissen und damit mit der Regierung zu halten.

Schwierig für eine Berufsarmee, genügend Kräfte aufzutreiben

Dazu gesellen sich hausinterne Schwierigkeiten der Amerikaner. Um genügend Truppen im Irak halten zu können, gleichzeitig aber die Stehzeiten der einzelnen Verbände dort nicht über ein substanzzehrendes Mass hinaus zu verlängern, müssen sie zunehmend auf Reservisten zurückgreifen. Diese wollen jedoch motiviert werden. Wie? Mit enormen Geldprämien. Mit dem Ergebnis, dass sich vorrangig eine Klientel angesprochen fühlt, die nicht fest wurzelt im Zivilleben und – das kennt man auch aus anderen Ländern – ihren Lebensunterhalt als Dauerreservist fristet. Nicht gerade das Personal, das

sich die höhere und mittlere Führung in dem anspruchsvollen, jeden einzelnen Soldaten fordernden Umfeld im Irak wünscht.

Andererseits muss aber die reguläre Truppe dauerhaft entlastet werden, denn sonst fehlt es an der Bereitschaft der Soldaten, ihre meist auf vier Jahre angesetzte Dienstzeit zu verlängern. Darauf ist eine Freiwilligenarmee aber ebenso zwingend angewiesen wie auf ausreichende Neuverpflichtungen. Angesichts der Aussicht, in jedem Fall einige Monate der Dienstzeit unter einer höchst realen Bedrohung für Leib und Leben verbringen zu müssen, werden auch sie rückläufig sein.

Das grundsätzliche Dilemma der Freiwilligenarmee, die gegenüber einer konsequent angewandten Wehrpflicht eher schlechter qualifizierte Mannschaftsdienstgrade aufweist, tritt unter diesen Bedingungen noch schärfer hervor. Wer – bis auf die, denen sich wirklich nichts Besseres bietet und einige Idealisten – sehnt sich schon nach einem Beruf, der neben wenig Geld vielleicht noch ein wenig Ehre, sonst aber hauptsächlich unkalkulierbare Gefahren und Isolation von Heimat und Familie mit sich bringt?

Der grosse Vorteil: bessere Präsenz im Nahen Osten

So konturiert sich vordergründig das Bild einer weitgehend verfehlten Irak-Politik, deren Ausgang nicht absehbar ist, aber jedenfalls nicht positiv sein kann. Doch diese Betrachtung greift zu kurz. Auch wenn durchschlagende taktische Erfolge ausbleiben und auch wenn es sehr langwierig wird, stabile Verhältnisse im Irak zu schaffen, ist nicht zu übersehen, dass die USA - strategisch betrachtet - durch den Krieg gegen Saddam Hussein und die Militärpräsenz im Irak ihre Position in dieser Weltregion durchaus verbessert haben.

Zum einen ist – wenn auch zu einem heute noch nicht absehbaren Preis – im Irak ein besatzungsfreundliches Regime auf längere Zeit gewiss. Damit hat sich zwischen den bereits mit US-Stützpunkten gespickten Ländern Saudi Arabien und Türkei eine Brücke geschlossen. Mit der

Militärmacht im Irak wirken die USA nur schon durch schiere Präsenz disziplinierend auf den mit dem Irak eine lange Grenze teilenden Iran im Nordosten und auf Syrien im Westen Iraks. Wie auch immer eine künftige irakische Regierung ausgerichtet sein wird: sicher ist, dass die USA nach bewährtem Muster dort dauerhaft Stützpunkte, Flughäfen, vielleicht auch Übungsplätze und vor allem Überwachungseinrichtungen betreiben werden. Das erlaubt es ihnen, in diesem kritischen Umfeld wesentlich leichter und schneller zu reagieren als von den bisherigen Basen in Saudi Arabien. Es mag auch das per se weniger fundamentalistische Umfeld im Irak die Stationierung nach einer Befriedung des Landes langfristig dort eher unproblematischer machen.

Mit der Beruhigung und Disziplinierung einiger Akteure im Nahen Osten – also Syrien und Iran – wird die Lage zweifellos übersichtlicher. Der Entschluss, Saddam Hussein auszuschalten, vereinfachte bereits diese schwierige Konstellation. Ein, noch dazu besonders unberechenbarer, Akteur ist nunmehr einfach verschwunden.

Neue Chance für einen Frieden im Nahen Osten

Die Lage erinnert an ein Schachspiel, in dem eine lange festgefahrene Situation nach einigen entschlossenen Zügen wieder Möglichkeiten bietet, die zuvor nicht absehbar waren. Eine Gesamtlösung des Nahost-Konfliktes rückt unversehens in den Bereich des Möglichen. Das strategische Ziel der Amerikaner (und ihrer lokalen Verbündeten), ein langfristig stabiler, prosperierender und westlich orientierter Irak, dem sie ohne die Beseitigung der Saddam-Regierung erst nach dessen natürlichem Ende und auch dann wohl nur mit Gewalt näher gekommen wären, ist nämlich eine Voraussetzung für einen stabilen (und prosperierenden) Nahen Osten.

Insoweit – und strategisch gesehen – ist die Gleichsetzung des Kampfes gegen Saddam mit dem Kampf gegen den Terrorismus nicht von der Hand zu weisen, wenn auch taktisch – angesichts der derzeit instabilen Verhältnisse im Irak – der Terrorismus viel-

leicht sogar vom Konflikt profitiert. Gelingt es aber – über den Umweg des als Störfaktor ausgeschalteten Iraks und der disziplinierten Länder Syrien und Iran – Israel so zu positionieren, dass es im Bewusstsein seiner strategisch nunmehr deutlich besseren Position zu einem dauerhaften Übereinkommen mit den Palästinensern bereit ist, dann wäre für den Frieden im Nahen Osten viel gewonnen. Der Tod Yassir Arafats mag sich positiv auf eine Neuausrichtung der israelischen Haltung gegenüber den Palästinensern auswirken und umgekehrt.

Es reicht, sich die derzeitige Lage im Nahen Osten und die gerade hinter uns liegende Wahl des neuen Palästinenserpräsidenten unter der Bedingung eines im Hintergrund sticheln den Saddam Hussein vorzustellen, um zu erkennen, dass sich langfristig die Dinge deutlich eher zum Besseren wenden können als mit Saddam.

Ob nun all diese Überlegungen seinerzeit den Entschluss der USA und ihrer Verbündeten zum Angriff auf den Irak beeinflusst haben, wird so rasch nicht zweifelsfrei zu klären sein. Ob tatsächlich – wie kaum jemand mehr glaubt – eine unmittelbare Bedrohung durch B- und C-Waffen unter der Verfügungsgewalt Saddams den Entschluss zum Angriff auslöste, oder vielmehr die langfristige Sicherung des Friedens im Nahen Osten mit einem publikumswirksamen und mediengerechten Gewaltstreik, ist von nachrangiger Bedeutung. Schlussendlich geht es doch um Verhältnisse, die den Einwohnern ebenso wie den Nachbarn zugute kommen sollen und die mit der Stabilität Wohlstand hervorbringen. Damit würde auch dem Terror ein grosser Teil seines Nährbodens entzogen.

Noch eine grosse Intervention können sich die USA nicht leisten

Welchen Preis, vor allem in Verlusten an Menschenleben, die USA mittelfristig bereit sind zu entrichten, um ihr Ziel zu erreichen, ist freilich nicht absehbar. Ebenso wenig ist absehbar, wie lange sie willens sind, einen solch grossen Teil ihres Kräftedispositivs örtlich festzulegen. Ein weiterer Schauplatz dieser Art ist jeden-

falls mit den vorhandenen Kräften nicht zu bewältigen. Auf der anderen Seite zeichnet sich aber auch kein Krisenfeld dieses Umfanges ab, sofern der Disput mit Iran nicht weiter eskaliert. Um den strategischen Vorteil im Nahen Osten zu erreichen, sind militärische Mittel in einem Mass gebunden worden, das gesamtstrategisch auch wieder nachteilig ist. Im Weltmassstab fehlt den USA nun Handlungsfreiheit.

Doch, um zu Friedrich dem Grossen zurückzukommen: «Es kommt im Kriege fast nie so schlimm als man fürchtet und fast nie so gut als man hofft.» Taktisch liegt noch ein grosses Stück Arbeit vor den USA, und sie

werden noch manchen Rückschlag erleben. (Das sind sie aber gewohnt.) Gelingt es hingegen, den strategischen Vorteil unter Einbeziehung aller Akteure im Nahen Osten für eine überzeugende Friedenslösung zu nutzen, werden den Gegnern der USA und ihrer Verbündeten im Irak ihre taktischen Erfolge langfristig nichts nutzen.

Es bleibt also zu hoffen, dass den Verantwortlichen der US-Aussenpolitik in den kommenden Monaten im Nahen Osten jenes Jonglieren mit fünf Bällen gelingt, in dem Fürst Bismarck ein Meister war – und Henry Kissinger sein gelehriger Schüler.

Quelle: Wochenbericht Bank Julius Bär

Verordnung über die Motorfahrzeuge des Bundes und ihre Führer und Führerinnen

Der Bundesrat hat am die Verordnung über die Fahrzeuge des Bundes und ihre Führer und Führerinnen (VFBF) verabschiedet und auf den 15. März in Kraft gesetzt. Die Revision war in erster Linie wegen der Änderungen in der Verwaltungsorganisation notwendig geworden. Unter anderem sind Post und SBB nicht mehr integriert, Verwaltungsfahrzeuge werden künftig kantonal immatrikuliert und die Instandhaltungsarbeiten für Verwaltungsfahrzeuge werden in Zukunft nicht mehr von den Logistikbetrieben der Armee, sondern vom zivilen Gewerbe durchgeführt.

Die Verwaltungsorganisation hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Die ehemaligen Regiebetriebe des Bundes (Swisscom, RUAG, SBB und Post) wurden in spezielle Aktiengesellschaften bzw. in selbständige Anstalten umgewandelt. Zudem wurde die Motion von alt Ständerat Willy Loretan (AG), vom 28. September 1995, in die Revision miteinbezogen. Die Motion verlangt eine ganzheitliche Neubeurteilung und Rationalisierung des Transportwesens des Bundes (Abschaffung des eidgenössischen Führerausweises, Zulassung und Prüfung aller Verwaltungsfahrzeuge durch die Kantone).

Die Hauptpunkte der Revision sind:

- Anpassungen des Geltungsbereichs: Die Fahrzeuge der Post und der SBB fallen aus dem Geltungsbereich der Verordnung.

- Immatriculation: Die bisherigen A- und P- Kontrollschilder werden abgeschafft. Verwaltungsfahrzeuge werden künftig kantonal immatrikuliert und geprüft. Die diesbezügliche Zuständigkeit der Post für ihre eigenen Fahrzeuge und diejenigen der SBB entfällt.

- Instandhaltung: Die Logistikbetriebe der Armee führen grundsätzlich keine Instandhaltungsarbeiten für Verwaltungsfahrzeuge mehr durch. Die Bundesstellen mit Verwaltungsfahrzeugen müssen künftig das zivile Automobilgewerbe berücksichtigen.

- Zusätzlicher Inhalt: Integration der Verordnung vom 21. November 1990 über die Benützung von Leih- und Repräsentationsfahrzeugen durch die Angestellten des Bundes.

MANAGEMENT...

... by Herodes: den Nachfolger mit den besten Aussichten ausfindig machen – und sofort entlassen.